Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 15. [41. Jahrgang.] **Sonnabend den 18. Januar 1902.** [41. Jahrgang.] **Nr. 15.**

Für **Februar** und **März** werden bei allen Reichs-Postanstalten Abonnements auf die **„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"** zum Preise von

2 Mark 67 Pfg.

entgegengenommen; außerdem in Berlin in der Expedition Wilhelmstraße 32 und bei sämmtlichen Zeitungs-Spediteuren; — in Potsdam bei A. H. Pusch, Kanal 19.

Berlin, den 17. Januar.

Politischer Tagesbericht.

Der **Bundesrath** hat in seiner gestrigen Sitzung die Vorlagen, betreffend a) den Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für das Rechnungsjahr 1902, b) den Umlauf luxemburgischer Scheidemünzen innerhalb deutscher Grenzbezirke, c) den Entwurf von Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien (Steinmetzbetrieben), d) den Entwurf von Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Gummiwaaren unter Anwendung von Schwefelkohlenstoff oder durch Chlorschwefeldämpfe vulkanisirt werden, e) den Entwurf eines Gesetzes über gewerbliche Kinderarbeit den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Den Ausschußanträgen, betreffend die zollfreie Einfuhr von Eisenabfällen inländischen Ursprungs aus den Schiffswerften der deutschen Zollausschlußgebiete, betreffend den Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehülfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirthschaften und betreffend den Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Zichorienfabriken und den zur Herstellung von Zichorie dienenden Werkstätten mit Motorenbetrieb wurde die Zustimmung ertheilt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Ueberweisung weiterer Dotationsrenten an die Provinzialverbände,

der dem Landtage soeben zugegangen ist, verfolgt, wie die „Berl. Corr." ausführt, mit der Verstärkung der den Provinzialverbänden auf Grund der früheren Dotationsgesetze zufließenden Staatsrenten um ein Jahresbetrag von zehn Millionen Mark ein doppeltes Ziel.

Einerseits will der die Provinzen in die Lage bringen, leistungsschwache Kreise und Gemeinden auf den Gebieten des Armen- und Wegewesens in ausgiebigerer Weise als bisher zu unterstützen, und dadurch einen übermäßigen kommunalen Steuerdruck verhüten. Von ihrem Antheil an dem hierfür bestimmten, insgesammt auf sieben Millionen Mark festgesetzten Betrage der Gesammtdotation bleibt den Provinzialverbänden ein Drittel zur Erleichterung der eigenen Armenlasten, insbesondere der sogenannten außerordentlichen Armenlast, vorbehalten.

Andererseits will der Gesetzentwurf die Provinzen auf dem Gebiete des Neubaus und der Unterhaltung von Chausseen entlasten und hierbei die Nachtheile ausgleichen, welche für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen und Schlesien sich daraus ergeben haben, daß im Jahre 1875 bei Bemessung der für die Uebernahme der Chausseeunterhaltung den Provinzen gewährten Dotationsrente die Streckenlänge der Chausseen zu Grunde gelegt worden ist, ohne daß zu Gunsten der genannten Provinzen, welche damals in der Ausstattung mit Kunststraßen hinter den anderen Landestheilen zurückgeblieben waren, ein entsprechender Ausgleich erfolgte. Diesem zweiten Zwecke widmet der Entwurf einen Jahresbetrag von 3 Mill. Mark, von denen 2 Millionen vorab auf die obengedachten Provinzialverbände vertheilt werden.

Für die Vertheilung der neuen Renten auf die einzelnen Provinzial- und diesen gleichgestellten Bezirks- bezw. Landeskommunalverbände war im Wesentlichen der Gedanke bestimmend, daß der leistungsschwächste und zugleich meistbelastete Verband der größten Unterstützung theilhaftig werden müßte. Dementsprechend wurde ein kombinirter Vertheilungsmaßstab gewählt, in welchem neben der Einwohnerzahl die Momente der Leistungsfähigkeit und der höheren Belastung durch das umgekehrte Verhältniß des Steueraufkommens an Staatseinkommensteuer und das gerade Verhältniß der gesammten Kommunalsteuer zum Ausdruck gelangten.

Sowohl Verwendungszweck als auch Vertheilungsmaßstab ergeben sich aus dem praktischen Bedürfnisse, welches dem Gesetzentwurfe zu Grunde liegt, dem Bedürfnisse einer Erleichterung des kommunalen Steuerdrucks, welcher naturgemäß auf den wirthschaftlich schwächsten Landestheilen am schwersten lastet.

Wie aus Triest vom Donnerstag gemeldet wird, bringt das halbamtliche „Triester Tagblatt" aus Anlaß der Ankunft Sr. Königl. Hoheit des **Prinzen Adalbert von Preußen** einen Begrüßungsartikel; es schreibt:

„An Bord des heute hier eintreffenden Kaiserlich deutschen Schulschiffes „Charlotte" befindet sich, zur Dienstleistung eingetheilt, der dritte Sohn des Deutschen Kaiserpaares, Se. Königl. Hoheit Prinz Adalbert von Preußen. Dadurch erhält der ehrende Besuch, der Triest zu Theil wird, eine erhöhte Bedeutung. Die innige Freundschaft, welche die Herrscher Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches mit einander verbindet, findet in den Herzen ihrer Völker lebhaften Widerhall. Der Friedensbund, den Tage politische Ereignisse der Staatsmänner geschaffen, wird erst durch diese Freundschaft der beiden Kaiser, aber auch durch die Sympathieen der Völker dauernd begründet, gefestigt und geheiligt. So oft sich Gelegenheit bietet, den erhebenden Gefühlen aufrichtiger, gegenseitiger Zuneigung Ausdruck zu geben, wiederholen sich auch die Freundschaftskundgebungen. Wenige Monate erst sind es her, daß ein Theil der aus China zurückkehrenden deutschen Truppen in Triest landete, zum ersten Male wieder europäischen Boden hier betrat und bei diesem Anlasse mit warmer Sympathie begrüßt wurde. Da konnte man freudig wahrnehmen, wie eng verbunden sich die Offiziere und Mannschaften unserer beiderseitigen Landmacht fühlen. In den nächsten Tagen wird Gelegenheit sein, daselbe bei den Vertretern der Seemacht wahrzunehmen. Die mächtig emporblühende Kaiserlich deutsche Kriegsmarine legt Zeugniß von der Fürsorge ab, welche deren erhabener Allerhöchster Kriegsherr ihr zugewendet hat. Die festlichen Veranstaltungen, welche für die Zeit der Anwesenheit der Gäste in Aussicht genommen sind, beweisen, daß ihnen der Willkommengruß aus den weitesten Kreisen der Stadt entgegenklingt. Möge es dem vereinten Bestreben gelingen, den mehrtägigen Aufenthalt in Triest für die Gäste, insbesondere für die Herzen der jugendlichen Krieger, vor Allem aber für den mit ihnen im Dienste stehenden Königlichen Prinzen, zu einem recht angenehmen zu gestalten, auf daß die Erinnerung an die hier verlebten Tage für immer eine glückliche verbleibe."

Das englische Parlament

ist am Donnerstag zu London eröffnet worden. Das Oberhaus bot ein prächtiges Schauspiel, als der König mit der Königin zur Verlesung der Thronrede kurz nach 2½ Uhr eintrat; es war in allen Theilen dicht gefüllt. Die Toiletten der Gemahlinnen der Pairs, sowie die Scharlachroben der Pairs boten einen farbenprächtigen Anblick. Unter den Anwesenden bemerkte man den deutschen, österreichisch-ungarischen und französischen Botschafter. Der Prinz von Wales saß zur Rechten, die Prinzessin zur Linken des Thrones. Der Prinz und die Prinzessin Karl von Dänemark saßen ebenfalls zur Rechten. Der König trug über der Marschalls-Uniform den Hosenbandorden. Bald nachdem das Königliche Paar eingezogen war, wurden die Mitglieder des Unterhauses aufgefordert, ins Haus zu kommen. Nunmehr verlas der König die Thronrede, und zwar mit so lauter vernehmbarer Stimme, daß jedes Wort zu verstehen war:

Die Thronrede begann mit dem Hinweis auf die glückliche Heimkehr des Prinzen und der Prinzessin von Wales von ihrer Reise nach verschiedenen Theilen des Reiches, wo sie überall mit Kundgebungen lebhaftester Anhänglichkeit empfangen worden seien. Er, der König, sei überzeugt, daß ihre Anwesenheit daselbst dazu gedient habe, die Bande gegenseitiger Achtung und Loyalität fester zu knüpfen, durch die die Lebenskraft des Reiches erhalten werde. „Meine Beziehungen zu den anderen Mächten", fährt der Monarch fort, „sind andauernd freundschaftlicher Art. Ich bedaure, daß der Krieg in Südafrika immer noch nicht beendet ist, obwohl der Gang der Operationen sich günstig für unsere Waffen gestaltet hat. Der Schauplatz des Krieges ist erheblich kleiner geworden. Die Industrie wird in meinen neuen Kolonieen wieder aufgenommen. Trotz des ermüdenden Charakters des Kampfes zeigten meine Soldaten durchweg Freudigkeit in der Ertragung der Beschwerden der Guerilla-Kriegführung und eine Humanität, sogar zu ihrem eigenen Schaden, in der Behandlung des Feindes, die das höchste Lob verdient. Die Rothwendigkeit, diejenigen Truppen, welche am meisten den Beschwerden des Krieges ausgesetzt waren, ablösen zu lassen, gab mir Gelegenheit, wiederum von den loyalen und patriotischen Anerbietungen meiner Kolonieen Gebrauch zu machen. Neue Kontingente aus Kanada, Australien und Neuseeland werden binnen Kurzem in Südafrika eintreffen."

Die Thronrede fährt fort: „Auf Einladung des Königs der Belgier ist eine internationale Konferenz zur Berathung über die Zuckerprämien vor Kurzem in Brüssel zusammengetreten. Ich hege die Zuversicht, ihre Entscheidung werde zum Verlassen eines Systems führen können, durch welches die zuckererzeugenden Kolonieen und die Fabrikanten im Mutterlande beim Betriebe dieses höchst wichtigen Industriezweiges in unbilliger Weise belastet worden sind." Die Thronrede erwähnt sodann den Vertrag mit den Vereinigten Staaten, betreffend die Ordnung eines interozeanischen Kanals unter der Bürgschaft, daß dessen Neutralität aufrecht erhalten bleibt, und der Kanal dem Handel und der Schifffahrt aller Nationen offen steht. Die Rede berichtet sodann den Abschluß eines Vertrages mit Brasilien über schiedsgerichtliche Entscheidung der Fragen, betreffend die Grenze von Guayana, und bemerkt, mit großer Freude theile der König mit, daß der König von Italien sich bereit erklärt habe, das Amt des Schiedsrichters zu übernehmen. Ferner heißt es in der Thronrede, die Regentschaft in Indien seien weniger reichlich, als zu wünschen sei, die Fortführung von Nothstandsvorkehrungen sei, wenn auch in geringerem Maßstabe, in einzelnen Theilen des Landes nöthig, und die Unterstützungsmaßnahmen gegen die Hungersnoth sollten in Bezug auf das einzuschlagende Verfahren und dessen Wirksamkeit noch weiter verbessert werden. Sodann gedenkt die Thronrede des Todes des Emirs von Afghanistan Abdur-Rahman und der Thronbesteigung seines Nachfolgers Habib-Ullah, der den ernsten Wunsch ausgedrückt habe, freundliche Beziehungen Afghanistans zum Indischen Reiche aufrechtzuerhalten. Schließlich versichert die Thronrede, sie gedenke, betreffend Verbesserungen im Unterrichtswesen, Erleichterungen des Verkaufs und Ankaufs von Land in Irland, sowie andere Maßnahmen lokalen Charakters.

Die Verlesung der Thronrede wurde bei der auf die Humanität der Truppen bezüglichen Stelle dem sonst stets eingehaltenen Brauche entgegen von lautem Beifall des Parlaments unterbrochen. Nach dem Verlesen der Thronrede kehrten der König und die Königin nach dem Buckingham-Palast zurück.

*

In beiden Häusern fanden hierauf die Adreßdebatten statt:

Im Oberhause schließt sich Spencer in herzlicher Weise dem Lobe und der Bewunderung, die den britischen Soldaten gezollt würden, an und erkennt völlig an, daß die Unabhängigkeit den südafrikanischen Republiken nicht gewährt werden könne.

Lord Salisbury spricht seine Freude über das eben Gehörte aus. Spencer habe von den zukünftigen Arrangements im Einklang mit den für Englands koloniales Reich allgemein angewandten Gebräuchen gesprochen; es sei aber vorläufig nicht möglich, sich mit diesen Angelegenheiten, außer rein hypothetisch, zu befassen; nichts sei schwieriger und weniger gewinnbringend, als im Voraus zu entscheiden, welches Verfahren im eventuellen Falle eingeschlagen werden solle, dessen Zeitpunkt und allgemeiner Charakter unmöglich vorauszusehen sei. Dies sei seine Antwort auf jede Anfrage über den Gegenstand. Spencer habe von den Bedingungen gesprochen; seine Ansicht scheine zu sein, daß, wenn eine Nation absolut ohne Provokation in das Gebiet einer anderen Nation eingedrungen sei, es Pflicht der anderen Nation sei, die Eindringlinge zu schlagen und sie zu fragen, unter welchen Bedingungen sie in den Frieden willigen wollen. Er (Salisbury) weise diese Idee gänzlich zurück, daß es Sache Englands sei, da es unbillig angegriffen sei, hervorzutreten und zu sagen, unter welchen Bedingungen England den Angreifern vergeben wolle. Wenn sie um Frieden nachsuchen würden, werde es Zeit genug sein zu sagen, unter welchen Bedingungen Frieden vorgeschlagen werden könne. Die Buren hätten stets den Gedanken, daß sie Frieden nachsuchen würden, zurückgewiesen. Es sei nicht Sache Englands, zukünftige Amnestieen, Verfassung u. s. w. als Lockspeise für den Feind auszustreuen, um ihn zu bestimmen, die Energie, mit welcher er den Frieden gebrochen, die Rechte Englands verachtet und die Besitzungen des Königs mit Elend und Verwüstung überzogen habe, zu mäßigen. Wenn der Feind den Frieden wünsche, müsse er kommen und dies sagen, und bis er dies thue, glaube er, daß die Regierung besser so wenig als möglich darüber sage. Salisbury vertheidigt sodann die Verhängung des Belagerungszustandes. Ohne Kriegsrecht sei eine Kriegführung unmöglich. Wenn der Krieg in einer für die englischen Waffen nicht ehrenvollen Weise oder nicht entsprechend der Größe der Opfer, welche England gebracht, endete, so würden die dadurch bewirkten Folgen ein allen Weltheilen sich bemerkbar machen. Wenn England veranlaßt würde, einige jener Arrangements zuzugestehen, die sich hinter dem Wort „bedingte Ergebung" verbergen, und wenn England Personen, die in einem Theil des Königreichs wohnten, die Macht einräumte, Arrangements mit fremden Völkern zu treffen und Waffen anzusammeln, so würde das eine Bevölkerung schaffen, die fremden Mächten Anlaß gebe, Intriguen zu unternehmen und Gelegenheiten zu suchen, die Unabhängigkeit, die England jetzt verweigere, ihm zu entringen. Das könnte eintreten, wenn das Parlament sich durch den Druck gewisser daran interessirter oder fanatischer Elemente in England von seiner Pflicht, dem König in jenen beiden Kolonieen die Suprematie zu verschaffen, abdrängen ließe.

Lord Rosebery erklärt, Salisbury habe anmuthig Spenders Hauptfrage umgangen und einen Strohmann aufgestellt, gegen den er in ertrinkendster Weise kämpfte. Der Krieg beschäftige alle Gedanken. Keine Regierung werde geneigt sein, die Großmuth und den Zeitpunkt von 1881 zu wiederholen. In seiner jüngsten Rede habe er sich für die Entgegennahme von Eröffnungen selbst von Seiten der erklärten Burenregierung ausgesprochen und wünsche zu wissen, ob derartige Eröffnungen in jüngster Zeit gemacht worden seien. Lord Salisbury erwidert, dies sei nicht der Fall, worauf Rosebery fortfährt, der holländische Premierminister Kuyper sei zwei oder drei Tage in London gewesen, und es sei in den Zeitungen offiziell berichtet worden, er habe keinen der Kabinetsminister gesehen, und gerade dies habe die Idee angeregt, daß er gekommen sei, um etwas Derartiges auszurichten. Die wenige Neigung sei nicht allgemein beliebt gewesen in Europa, aber sie sei nicht allgemein verabscheut worden. Jetzt aber gebe es kein Land, wo der britische Name nicht mit einer Feindseligkeit angesehen werde, für die es früher kein Beispiel gegeben habe. Dies sei ein sehr gefährlicher Zustand, eine Gefahr, die einige Minister zu beseitigen scheine, die aber Allen Besorgniß einflößen müsse, welche das Beste des Landes wünschen. Für den Geist und die Worte von Chamberlains jüngster Rede über die Kontroverse, in die er sich eingelassen, habe er nichts als Lob, er glaube, es sei die richtige Antwort gewesen; er gebe jedoch ein, daß er etwas Chargirt sei über diese fortwährenden Kontroversen mit Deutschland und anderen Mächten, zu denen Chamberlains Dialektik so eigenthümlich beitrage. Die Regierung müsse, falls sie in bisheriger Weise fortfahre, bereit sein, durch Tüchtigkeit ihrer Maßregeln die „herrliche Vereinsamung" aufrecht zu erhalten, welche die Regierung aus bestreitlichen Gründen für höchst erwünscht halte. Eine mächtige Flotte sei gut; aber andere Nationen bauten gleichfalls Flotten, und wenn den Zustand des Heeres betreffe, so sei eine enorme Streitmacht in Südafrika festgehalten, und die Maßregeln der Regierung, betreffend die Yeomanry und die Freiwilligen, flößten kein Vertrauen ein. Im Gegentheil; ihn erfüllten dieselben mit ernster Sorge. Es würde anders sein, wenn England sich in gewöhnlichen Zeiten unter einer gewöhnlichen Regierung befände, die die auswärtigen Beziehungen in gewöhnlicher Weise pflegen würde.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Lansdowne bespricht die China-Angelegenheit und sagt, seit der Vertagung des Parlaments habe ein Fortschritt in der von der Regierung gewünschten Richtung stattgefunden. Die chinesische Regierung sei jetzt wieder in Peking; die britischen Truppen in China, die vor einem Jahre noch 16 000 Mann gezählt hätten, seien heute nur noch 6000 Mann stark, und man hoffe, weitere Verminderungen vornehmen zu können, aber ihr Umfang hänge sehr von der Lage des Landes und dem Vorgehen anderer Mächte in Bezug auf die Zurückziehung ihrer Truppen aus China ab. Er bedauere, führt der Redner fort, daß Rosebery erklärt habe, England werde allgemein in Europa verabscheut. Selbst wenn dies wahr wäre, so sei dies keine Erklärung, wie sie von einem Mann von dem Gewichte Lord Roseberys im Rathe der Nation proklamirt werden sollte. Es sei aber nicht wahr. England genieße zwar sehr große, unbequeme Unpopularität auf dem Festlande in Folge des südafrikanischen Krieges; denn das Schauspiel, daß eine große Macht eine schwache Macht bedränge, erwecke stets Theilnahme für die letztere. Er könne aber nicht zugeben, daß Englands Stellung gegenüber den Großmächten eine unbefriedigende und unwürdige sei. Im Gegentheil, die Haltung des Landes während des Krieges und die Art, wie die Solidarität des Reiches dargethan worden sei, hätten die Achtung und die Werthschätzung anderer Länder für England gesteigert. Was die militärische Stärke betreffe, so habe man in Südafrika die ganze Zeit über eine Streitmacht von über 200 000 Mann aufrecht erhalten, und augenblicklich gebe es kaum eine leere Kaserne im Königreiche. Die Regierung befasse sich in ausreichender Weise mit dem großen militärischen Problem. Das Hauptziel sei die Beendigung des Krieges, für das keine Anstrengung verabsäumt werde. Die Adresse wird hierauf angenommen und das Haus bis Montag vertagt.

*

Im Unterhause gab zunächst der Sprecher die seit dem Schlusse der Session erfolgten Neuwahlen bekannt, darunter die für Galway. Graf Percy wollte hierauf als Prinzipientrage beantragen, daß die Wahl Lynds, eines notorischen Rebellen, eine Beleidigung für das Haus sei (Beifall auf den ministeriellen Bänken) und daß eine Kommission ernannt werde, welche in dieser Beziehung Schritte unternehmen solle. Der Sprecher erklärte, es sei keine Prinzipientrage. Horner führte aus, daß, se